



Ergebnis war ein völliger Bankrott ihrer Politik, die nur zur Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft geführt hat. Heute glauben sie mit radikalen Worten die Massen wieder fördern zu können, heute predigen sie den Kampf gegen die Reaktion, die sie selbst hochgebracht haben. Nicht minder kläglich sieht es bei den Kommunisten aus. Ihre Agitation stützt sich auf die Verzweiflung der arbeitenden Bevölkerung, die sie für ihre partei-egoistischen Zwecke ausnützen. Gestern noch waren sie Antiparlamentarier und denunzierten jeden als Feind der Arbeiterklasse, der sich an den Wahlen beteiligte. Heute rufen auch sie zur Landtagswahl auf und bekennen damit vor aller Welt, welchen kläglich Schiffsbruch sie nicht allein in dieser Frage, sondern mit ihrer ganzen bisherigen Politik erlitten haben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie steht heute wie bisher fest zu ihren Grundbäumen, und das bedeutet, daß sie entschlossen ist, den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse mit allen Mitteln und bei jeder sich bietenden Gelegenheit durchzuführen. Das bedeutet ferner, daß sie der werktätigen Bevölkerung zum Bewußtsein bringen will, welches außerordentliche Interesse das Proletariat an der künftigen Ausgestaltung des preussischen Staatswesens nehmen muß. Die Landtagswahlen werden ein Prüfstein sein nicht für unsere Partei, sondern für die ganze Arbeiterklasse Preußens. Die arbeitenden Massen müssen erkennen, daß sie für sich selbst kämpfen, wenn sie den Grundbäumen der Unabhängigen Sozialdemokratie folgen.

Zahlreiche und große Aufgaben sind zu bewältigen, um unser Ziel, Preußen in ein sozialistisches Gemeinwesen zu verwandeln, zu erreichen. Die Erziehung der Kinder der Arbeiterklasse zu freien Menschen und Sozialisten; die Reform der Verwaltung in Staat, Provinzen und Gemeinden; die Sozialisierung des Großgrundbesitzes und der dafür reifen Industrien; die Umgestaltung der Polizei aus einem Machtmittel des kapitalistischen Staates in einen Schutz für die Bevölkerung; die Fürsorge für die Armen, Alten und Invaliden; das sind nur einige der wichtigsten Angelegenheiten, mit denen sich das preussische Parlament zu befassen haben wird.

In den heutigen Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie wird die werktätige Bevölkerung Berlins Gelegenheit haben, zu befunden, ob sie zu diesem Kampfe um die Umgestaltung Preußens entschlossen ist. Wir rufen die Arbeiterklasse Berlins auf, ihren Willen deutlich dahin zum Ausdruck zu bringen, daß sie vor keiner noch so großen Schwierigkeit zurückschreckt, um der Reaktion die Stirn zu bieten und den preussischen Staat für den Sozialismus zu erobern. Rot, nicht schwarz-weiß sei unsere Farbe, und in diesem Zeichen laßt uns kämpfen: für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Sozialismus!

## Der Ministerwechsel in Frankreich

Ueber die Nachfolgerschaft des zurückgetretenen französischen Kabinetts Leagues ist natürlich noch nichts Bestimmtes bekannt. Einstweilen wird in Paris hin und her geraten, und jedes Blatt nennt diejenigen Personen als Kandidaten, die ihm am willkommensten sein würden. Am stärksten treten hervor die Namen des gegenwärtigen Kammerpräsidenten Beret, des früheren Präsidenten der Republik Poincaré und Viviani, der bei Kriegsbruch Ministerpräsident gewesen ist.

Beret ist eigentlich ein unbefriedigendes Blatt. Die Rede, die er vor einigen Tagen bei seinem Amtsantritt gehalten hat, wird zwar sehr gerühmt, sie enthält aber nichts, als die landesüblichen Redensarten, die bei niemandem anstoßen. Viviani ist bei der Völkerverbundstagung in Genf neuerdings wieder mehr in den Vordergrund getreten, und man erinnert sich, daß er in einer Ansprache, die die Bewunderung aller Freunde romanischer Redekunst fand, sich gegen die Aufnahme Deutschlands in den Bund gewandt hat. Ueber Poincaré, dessen unveröhnlicher Standpunkt bekannt ist, braucht weiter nichts gesagt zu werden.

Möglicherweise macht auch ein Außenminister das Rennen und nimmt dann einen oder mehrere der Genannten als Ressortminister in sein Kabinett auf. Die Schwierigkeit der Neubildung der Regierung ist deshalb vorhanden, weil sich eigentlich alle Gruppen des Parlaments von Leagues losgelöst haben und die Abstimmung infolgedessen kein absolut klares Bild von den Absichten der Volkvertretung gibt. Es ist aber anzunehmen, daß der Hauptvorwurf, den man gegen den verstorbenen Ministerpräsidenten erhob, der war, daß er für die Lösung der internationalen Fragen nicht die nötige Autorität besaß und Frankreich im Verhältnis zu England eine etwas untergeordnete Rolle spielen ließ. Eines der Pariser Blätter drückt das so aus: Es sei auf jeden Fall zu wünschen, daß der neue Ministerpräsident nicht etwa Lloyd George zu seinem Minister des Auswärtigen mache.

Dazu kam dann noch die ungünstige Finanzlage. Es wird nach einem Mann gesucht, der die Staatsfinanzen in Ordnung bringen kann, denn wenn auch nach wie vor die Vorstellung herrscht, der Deutsche werde alles bezahlen, so erstarkt doch die Ueberzeugung immer mehr, daß ohne die Mitwirkung des französischen Steuerzahlers das Budget nicht ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Eine Steuerreform in Frankreich durchzuführen, ist aber keine ganz leichte Sache, besonders dann nicht, wenn mit ihr ein stärkeres Zurückgreifen auf direkte Abgaben verbunden sein soll. An diesem Problem sind schon Caillaux und andere gescheitert und es könnte sehr wohl sein, daß selbst ein so starker Mann wie Poincaré sich an ihm die Zähne ausbisse.

In Deutschland werden wir gut tun, dem Ministerwechsel mit möglichst viel Gleichmut zuzusehen. Er wird an unseren Beziehungen zu Frankreich wenig ändern. Bei der Zusammensetzung der französischen Kammer ist nicht anzunehmen, daß die neuen Männer uns größeres Entgegenkommen beweisen werden als die alten. Es mag im Gegenteil sogar sein, daß sie noch eine etwas schärfere Sprache führen. Aber zuletzt kommt es auch auf diese Sprache nicht an. Es vermag niemand mehr aus Deutschland herauszuholen, als es zu geben in der Lage ist, und es wird unsere Aufgabe sein, vor allem durch Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Gebiet der Entwaffnung eine Atmosphäre zu schaffen, die irgendwie eine Verständigung ermöglicht.

## Immer forsch' obenauf

Die Ieden Reichswehroffiziere

Scheidemann sprach am Dienstag in Göttingen. Vom Kommandanten des dortigen Reichswehrcorps wurde, nach einem im „Vorwärts“ veröffentlichten Brief eines Reichswehrangehörigen, der Besuch der Versammlung verboten. Das Verbot wurde bei der Paroleausgabe an die Kom-

pagnieschwel zur Bekanngabe an die Unteroffiziere und Mannschaften ausgegeben.

Die Herren der Reichswehr gebärden sich immer lecker. Sie kümmern sich den Teufel um die staatsbürgerliche Freiheit der Reichswehrangehörigen. Sie fühlen sich heute noch ebenso wie in der Kaiserlichen Armee nicht nur als Herren über die Arme und Weine, sondern auch über die Hirne und Herzen der Soldaten. Ihnen ist Verfassung und was damit zusammenhängt, ein Greuel. Sie haben nichts zu fürchten — Herr Gehler ist ja von unwiderstehlicher Langmut und tiefstem Verständnis für die „besondere Psyche“ der ehemaligen Offiziere besessen. Sie können sich das und anderes also leisten.

Daß das Verständnis für die individuelle Eigenart immer nur vom höchsten Offizier bis zum jüngsten Leutnant reicht! Der gemeine Mann hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, auf Individualität zu verzichten. Wie reimt sich das mit der Demokratie — Herr Gehler?

## Steuerchen der Besitzenden

Der Finanzminister Wirth kündigt neue indirekte Steuern an

Wie der Artikel von Prof. Dr. Bühler in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“ über den völligen Bankrott der Besteuerungsgesetzgebung, so wird auch unser Artikel in der gestrigen Morgenausgabe, der sich mit Wirths ungeheuer aufreizenden Darlegungen beschäftigte, von der gesamten bürgerlichen Presse ohne jede Ausnahme totgeschwiegen. Das ist begreiflich. Denn dieser Artikel zeigt unwiderleglich die wahre Ursache der trostlosen Finanzverhältnisse des Reichs, die bis auf die Spitze getriebene Steuerchen der Besitzenden, ihr läugerisches Kammerluder über die gewaltigen Steuerlasten und die Notwendigkeit, endlich einmal mit fester Faust zuzupacken, um den Besitzenden die Steuern abzunehmen, die zur Gesundung der Finanzen des Reichs und der Wirtschaft notwendig sind.

Aber gerade, als wollte die Regierung zeigen, daß sie diesen selbst vom Standpunkt des Bürgertums aus notwendigen Schritt nicht zu tun gedente, hat der Finanzminister Wirth einem Mitarbeiter der „Völkischen Zeitung“ eine Unterredung gewährt, in der er seine Pläne über die Ausbringung der Mittel zur Deckung des Defizits im Reichshaushalt darlegte. Man höre, was er plant:

„Es ist bekannt, daß wir schon für den Haushalt für 1921 mit einem Defizit von zwei sieben Milliarden rechnen. Es werden also im ganzen etwa fünfzehn Milliarden neu aufzubringen sein. Das wird nur möglich sein durch eine Steigerung der Einnahmen aus den Eisenbahnen, sowie aus dem Post- und Telegraphenverkehr, also durch eine Erhöhung sowohl der Personen- wie Gültertarife und eine Erhöhung der Brief-, Telegramm- und Telephongebühren. Um die werden wir nicht herumkommen, aber sie allein wird nicht reichen. Neue Steuern werden hauptsächlich für die Deckung sorgen müssen. Welche Steuerquellen in Frage kommen, das ist noch Gegenstand von Erwägungen.“

Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats ist die Junggefellenteuer angeregt worden. Ihr Erträgnis würde jedoch nur gering sein. Weit höhere Erträgnisse würden aus einer Erhöhung der Kohlensteuer, die bis zum 1. März gilt, aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer, aus der Einführung einer Zuckersteuer fließen. In Betracht kommt auch die Schaffung von Einnahmen aus Monopolen.“

Kein Wort also von der beschleunigten Einziehung der Besitzsteuer. Kein Wort von der Notwendigkeit, die Besitzsteuer-Gesetzgebung der ungeheuren Geldentwertung anzupassen, um die Beträge einzuheben, die ursprünglich beschlossen waren. Nichts von Belastung der bestehenden Schichten Deutschlands, keine Heranziehung der leistungsfähigen Schultern zu den Staatsausgaben, nur neue, indirekte und Verbrauchssteuern, die das Wirtschaftsleben belasten und zu einer weiteren ungeheuren Erschwerung der Lebenshaltung der Massen führen müssen, das sind die Pläne des Finanzministers Wirth.

Man sagt sich an den Kopf und fragt, ob denn diese Leute gänzlich mit Blindheit geschlagen sind und nicht merken, daß sie durch die Verwirklichung dieser Pläne nicht nur das gesamte deutsche Wirtschaftsleben den gewaltigsten Erschütterungen aussetzen, sondern auch den allererbittertesten Widerstand der gesamten Arbeiterklasse hervorrufen würden. Verteuerung der Eisenbahntarife und der Postgebühren, Erhöhung der Umsatzsteuer, der Kohlensteuer, Einführung der Zuckersteuer, das alles sind doch geradezu verkehrserische Pläne, die keine andere Wirkung haben können als die Lebenshaltung der Massen ungeheuer zu verteuern, die Arbeiter und Angestellten und Beamten in neue Lohnbewegungen gewaltfam hineinzutreiben. Denn was jetzt den Beamten mit der einen Hand gegeben wird, das würde ihnen doch gleichzeitig mit der anderen wieder genommen.

Auf diesem Wege also ist eine Deckung des fehlenden Finanzbedarfs nicht möglich. Die Regierung möge gewarnt sein. Die Arbeiterklasse fordert jetzt nicht nur die rückstuflose Eintreibung der schon lange beschlossenen Besitzsteuer, sie fordert auch, daß die Steuerchen aller bestehenden Kreise brutal gebrochen wird und sie wird sich der Einführung von indirekten Steuern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu widersetzen wissen.

## Der alte Klügel

Wie man in der bürgerlichen Presse liest, haben die Sozialdemokraten Berlins in zahlreichen Vereinen seit einmütig beschlossen, den Handelsminister Fischel bei den Preußenwahlen als Spitzenkandidaten aufzustellen. Das interessiert deshalb, weil die Parteileitung und mit ihr das „Berliner Tageblatt“ den dringenden Wunsch hegten, den ehemaligen Professor Preuß an die Spitze der Liste zu setzen. Die Spießer der Bezirksvereine aber wollen nicht; sie neigen sich dem „alten und bewährten“ Fortschrittsmann Fischel zu.

Preuß war schon dem vorrevolutionären Freisinn ein unbedeutsamer Bettgenosse. Er ist ein Mann von Wissen und Geist und paßt schon deshalb nicht in den Kreis der Philister, die sich früher Fortschrittler nannten und nach der Revolution aus Konjunkturücksichten die Bezeichnung Demokraten annahmen. Dann trat er auch noch für eine gewisse Aufteilung oder, besser gesagt, Neugliederung des deutschen Reichs und Preußens ein, und wenn diese Angelegenheit auch an und für sich den Bezirksvereinsgrößen ziemlich schnuppe ist, so erkannten sie doch, daß man sich mit solchen Plänen den Widerspruch der Preußenwärmer im nationalen Lager zuziehe, und bei denen wollten sie doch um alles in der Welt nicht anreden.

Kun kommt hinzu, daß Preuß auf dem letzten demokratischen Parteitag zu Nürnberg ein kluges und unumwundenes Bekenntnis zur Republik abgelegt hat. Natürlich sind alle seine politischen Freunde auch in Berlin unentwegt Republikaner, aber doch nur, solange eben die Republik besteht. Sie haben sich im November 1918 auf den Boden der Tatsachen ge-

stellt, doch die Tatsachen können sich ja ändern, und für diesen Fall will man sich nicht von vornherein festlegen. Sicher ist jedenfalls sicher, und deshalb verzichtet der Berliner Freisinn lieber auf eine gar zu ausgeprägte Persönlichkeit und greift auf Herrn Fischel zurück, dem niemand etwas beweisen kann. Das Ganze nennt man dann die Erneuerung des Liberalismus.

Wenn die Herren Wiemer und Mugdan das alles vor ausgehoben hätten, würden sie es nicht nötig gehabt haben, zur Deutschen Volkspartei hinüberzuwechseln. Die Fischel und Kapf sind die Klügeren gewesen, sie wußten, daß man nur ein bißchen Geduld zu haben brauchte, um feststellen zu können, daß die neue Demokratie nichts anderes ist als der alte um ein paar international-liberale verstärkte Freisinn.

## Kulturpolitik im Hauptauschuss

Im Hauptauschuss unterhielt man sich gestern über Kulturpolitik. Zur Förderung der auf sittliche und gesundheitliche Erziehung des Volkes gerichteten Bestrebungen wurde der Betrag von einer halben Million Mark genehmigt. Eine ganze halbe Million! Es wurde auch allgemein über die Volkshochschule gesprochen, wobei Staatssekretär Schulz betonte, daß die städtischen Volkshochschulen nur eine Art der Volkshochschule seien. Die Weltanschauungsgegenläge stehen sich allerdings nicht ausmerzen, es sollen deshalb auch weltanschauliche Volkshochschulen besonderer Körperlichkeiten, von Religionsgemeinschaften und politischen Gesellschaften unterstützt werden. Unser Genosse Böwensien wies mit Recht entrüstet darauf hin, daß nur so geringe Summen für diese Zwecke bereitgestellt würden, während für den höchst überflüssigen Reichskommissar für öffentliche Ordnung der dreifache Betrag ausgegeben werde. Man sollte diese Postition streichen und die freierwerbenden Gelder dem Volksbildungswesen zuführen.

Staatssekretär Schulz erging sich elegisch über die Tragik seiner Stellung, die ihm als Schulreformer besonders bewußt wurde. Er habe wenig Freude daran, amtlich die bescheidenen Veruche des Reichs verantworten zu müssen. Wie bescheiden diese Veruche in der Tat sind, beweist seine Ankündigung, daß im nächsten Etatsjahre für die Schaffung von 100 Stellen an höheren Schulanstalten vom Reich nur die lächerlich geringe Summe von 2 Millionen Mark ausgeworfen werde. Ras beschloß die Einziehung eines händigen Ausschusses für Bildungswesen.

Bei der Besprechung der Aufgaben des Reichskunstwart wandte sich der Deutschnationale Abg. Schulz-Bromberg gegen die einseitige Kunstauffassung des Reichskunstwarts und verleiht nebenbei dem preussischen Kunstwart einen Seitenhieb. Reichskunstwart Dr. Redlob vertrat dann selbst in kurzen Ausführungen sein Programm, das die Beteiligung von künstlerischen Kräften in schöpferischem Sinne bei der Lösung neuer künstlerischer Aufgaben vorsteht. Reichsminister Koch sprach dem Reichskunstwart bei, für dessen Bestellung er die Verantwortung übernahm.

Auch über das Schulwesen wurde, zwar reichlich kurz im Hinblick auf die große Bedeutung der Sache, gesprochen. Der deutschnationale Vizeminister rief eine kleine Attitüde gegen die Sozialdemokraten und speziell gegen Hoenisch, und der Reichsminister Koch beistellte sich ebenfalls, den vieldeutigen und außerordentlich beherrschbaren Sach hinzuzufügen, daß die Schule nicht zum Tummelplatz politischer Leidenschaften gemacht werden dürfe. In der Reform im Schulwesen müsse mit Vorsicht vorgegangen werden, und vor allen Dingen nicht allzu rasch. Ganz wie es einem politischen Minister geziemt. Von einem Stillstand in der Schulpolitik könne man nicht sprechen, meinte Herr Koch. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Wenn auch kein Stillstand herrscht, so doch nur eine sehr undeutliche Bewegung, von der sich nicht erkennen läßt, ob sie im Endeffekt vor- oder rückwärts geht.

Nach einigen belanglosen Ausprüchen über Buchgewerbe und Wissenschaft nahm der Hauptauschuss den Ausgabenposten von 20 Millionen Mark zur Förderung der von der Reichsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verfolgten Zwecke an.

## Die mecklenburgische Regierungskrise

Wie der „Kostener Anzeiger“ aus Schwerin meldet, hat in ihrer Besprechung am Mittwochabend die Fraktion der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Wirtschaftsbundes beschlossen, das bisherige Ministerium wieder zu wählen und somit ihre Stimme bei der Wahl des Ministerpräsidenten am Freitag für Professor Dr. Reinke-Bloch abzugeben.

Die Entscheidung liegt bei den Demokraten, da die drei obengenannten Fraktionen allein nicht die Mehrheit haben.

## Für den Anschluß an Deutschland

Wien, 13. Januar.

Gestern fanden in allen Bezirken Wiens sozialdemokratische Volksversammlungen statt, in denen Abgeordnete über die politische Lage der Republik und die Aufgaben der Arbeiterklasse sprachen. Abg. Kennor erklärte unter hohem Beifall: Oesterreich kann vorläufig noch vegetieren, aber auf die Dauer nicht existieren. Unser Staat kann auch auf eigener Kraft auf die Dauer nicht regiert werden. Der Anschluß an Deutschland muß vollzogen oder aber ein Bund der Vereinigten Staaten von Europa gebildet werden.

Der Poststreik

Den Blättern zufolge erstreckt sich der Poststreik auf ganz Oesterreich.

Die kommunikativen Methoden. Das bekannte Bild der Vorgänge in der Berliner Stadterordnetenversammlung hat nun auch in Hamburg Nachahmung gefunden. Dort haben die Anhänger der B. A. P. D. am Mittwoch die Tribünen der Bürgerschaft besetzt und während der Beratung der Tagesordnung einen ohrenbetäubenden Lärm veranstaltet, so daß die Fortführung der Geschäfte unmöglich wurde. Die Reden der Kommunistenführer Reich und Thälmann wurden von der Tribüne mit lauten Beifallsausdrücken, die der Sozialdemokraten und Bürgerlichen mit Buhrufen und Beschimpfungen begleitet. Hier wie dort überflüssiger Spektakel, der das Wesen der Arbeiterbewegung nur noch tiefer herabwürdigt, als es ohnehin durch die Spaltung und gegenseitige Beschimpfung schon der Fall ist.

Abgeblüht! Die bayerische Regierung, die mit Zielenschriften den Gemühten des alten Regime entgegensteht, will durchaus ihre Volkskinder wieder mit dem Tiselslegen beglücken. Sie hat dabei aber keine Gegenliebe gefunden. Verschiedene Münchener Rechtsanwältinnen haben ihnen zugesandten Justizratsittel abgelehnt, die einen mit der Begründung, daß sie von einer republikanischen Regierung überhaupt keine Titel annehmen, die andere mit der Begründung, daß die Titelverleihung der Reichsverfassung widerspreche. — Vielleicht verfuhr die Kahr-Regierung nun einmal mit dem Ordenslegen.

Die Schließung der Pariser Festungswerke. Die Befestigungen, die während des Krieges rings um Paris angelegt worden waren, werden geschlossen. Die Schließungsarbeiten an den Bastionen 61, 62 und 63 sind bereits weit vorgeschritten, die Bastionen 66 und 67 sind bereits zerstört. Das freigewordene Terrain soll für Wohnungsbauten verwendet werden, um den Pariser Bürgern Wohngelegentheiten zu schaffen.

# Aus der französischen Partei

## Die Säuberung der Gefäuberten

Was voraussehen war, ist schon eingetreten: die Freunde der Kommunisten über den neuen durch die Abstimmung in Tours erhaltenen Zuwachs ist nicht ungetrübt. So schreibt der „Comuniste“, das Blatt der italienischen „reinen“ Kommunisten:

„Wir können von der Resolution Cadhin-Frossard nicht befreit sein. Wir können sie nicht gutheißen, weil sie Abweichungen von den 21 Bedingungen fordert, die doch nach unserer Auffassung rückwärts in jedem Land angewendet werden und einen bindenden internationalen Charakter haben müssen. Wir sind überzeugt, daß das Exekutivkomitee von Moskau solche schwerwiegenden Abweichungen weder zulassen wird noch zu lassen kann.“

Zu dem Antrag Seine, auf den von rund 5000 Stimmen abgegeben worden sind, schreibt dagegen das genannte Blatt:

„Die Haltung dieser Genossen entspricht wirklich der Politik unserer kommunistischen Fraktion. Wir werden glücklich sein, mit diesen gemeinsam für die rückwärtsgehende Anwendung der 21 Bedingungen kämpfen zu können.“

Die „Reinen“ Italiens verlangen also nichts weniger als die Abweichung der hinter der Resolution Cadhin-Frossard stehenden Kommunisten. Diese Stimme ist durchaus nicht vereinzelt. Der frühere französische Hauptmann Sadoul, der zum Propagandachef der Sowjetregierung ernannt worden ist, hat an den Kongreß von Tours ein Schreiben gerichtet, in welchem auch der Ausschluß eines der führenden Genossen der Frossard-Cadhin-Gruppe, des Bürgermeisters und Abgeordneten Lafont, verlangt wird. Lafont war von den russischen Bolschewiken des Landes verwiesen worden, weil er gelegentlich seiner Reise nach Moskau im Hauptquartier der Weißen in Warschau einen Besuch machte und sich dort von den französischen Offizieren angeblühlich feiern ließ.

„Aus Achtung vor der französischen sozialistischen Partei“, so heißt es in dem Brief, „hat sich das russische Proletariat darauf beschränkt, den Unerwünschten mit Schimpf und Schande auszuweisen. Aber es hat ihn auch nicht zurückgegeben, damit ihr ihn behaltet. Euer Kongreß kann nicht weniger tun, als die Lat unserer russischen Brüder zu wiederholen.“

Der unerwünschte Ausschluß von Lafont, heißt es in dem Schreiben, ist die einzige Tat, durch welche der Kongreß seine Aufrichtigkeit gegenüber der dritten Internationale beweisen kann. Werkwürdigerweise ist dem Kongreß in Tours von diesem wichtigen Schreiben keine Kenntnis gegeben worden. Auf ausdrückliche Anfrage von Mayeras hat sich niemand auf dem Kongreß gemeldet, der von diesem Schreiben Kenntnis haben wollte. Zweifellos hätte dieser Brief die Linke in die peinlichste Verlegenheit versetzt. Es wäre daher begreiflich, daß sie es vorzog, das Schreiben einfach zu unterschlagen.

Wohin aber diese unehrliche Politik der Linken führen muß, das zeigen die dem „Populaire“ täglich aus den Provinzen zugehenden Zuschriften. Aus ihnen geht deutlich hervor, daß sich die Mitgliedschaften der Partei gegen die Spaltung durch die Kommunisten auflehnen. So kann der Deputierte von Finistère, Genosse Goude, aus Brest berichten:

„... Die meisten Genossen, welche im Frossardschen Geiste für die Resolution Cadhin-Frossard gestimmt haben, bleiben bei uns. Sie lehnen es ab, sich und uns mit Dutzenden fächerlichen Phantasien eines Sinowjew auszuliefern. Wir werden bald zur nationalen und internationalen Einheit gelangen.“

Ähnlich lauten auch die Zuschriften aus anderen Teilen Frankreichs. Während also ganz offenbar selbst jene die Spaltung ablehnen, welche für die Resolution Cadhin-Frossard gestimmt haben, fröhlich der Wurm an der eben erst „geäuberten“ Partei beharrlich weiter und ruht nicht, bis sie in lauter Sektionen und Gruppen aufgelöst ist. Und dies alles unter dem Ruf: „Es lebe die dritte Internationale!“

## Der französische Gewerkschaftsbund gegen die Spaltung

Der französische Gewerkschaftsbund veröffentlicht mit Bezug auf die Spaltung der französischen sozialistischen Partei eine Kundgebung, in der festgestellt wird, daß mit dem Bruch des 1905 geschlossenen Einigungspaktes versucht wird, die Spaltung in die Arbeiterbewegung zu tragen. „Diese Spaltung“, so sagt das Manifest, „ist eine Wirkung der von dem Moskauer Komitee ausgehenden Bedingungen, das keine Prüfung seiner Urteile zuläßt. In dem die Unterordnung der gewerkschaftlichen Organisationen unter eine politische Partei verlangt wird, hat die kommunistische Fraktion der Unabhängigkeit des Gewerkschaftsbundes den Krieg erklärt und will ihr zerstörendes Werk auch auf die 27 Millionen Arbeiter umfassende Gewerkschaftsinternationale ausdehnen.“

Das Manifest ruft die Arbeiter auf, den von dem Gewerkschaftsbund geführten Kampf zu unterstützen, da die Gewerkschaften die stärkste Waffe gegen alle seien, welche die Arbeiterklasse unterdrücken und beherrschen wollen.

## Treu zur Partei

Genosse Jean Martin, Vorsitzender der Sektion des Ober-Rheins, hat dem Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei Paul Faure folgendes Telegramm zugesandt: „Unsere Zeitung, „Der Republikaner vom Oberrhein“, bewahrt der Partei die Treue.“

Damit werden der französischen sozialistischen Partei zusammen mit der in Straßburg erscheinenden „Freien Presse“ die beiden wichtigsten im Elsass erscheinenden Zeitungen erhalten.

## Der ungarische D'Annunzio

Aus Wien wird uns geschrieben: Der erste D'Annunzio ist eben erledigt, schon meldet sich seine Karrikatur, diesmal in Ungarn in der Person des Generals Baron Lehar. Die Bolschewistenkonferenz hat die ungarische Regierung aufgefordert, Deutsch-Westungarn zu räumen, den Ententevollmächtingen zu übergeben, die es dann Oesterreich, dem es im Friedensvertrage von Trianon zugesprochen wurde, übergeben sollen. Die ganze Horthypresse ist deshalb außer Rand und Band, man beschimpft den österreichischen christlichsozialen Verbündeten, der mit Horthys Geld in Oesterreich bei den letzten Wahlen zur Macht gelangte und jetzt doch unter die „Verstümmelten“ Ungarns gegangen ist. Man zieht Los gegen Frankreich und die Entente und man wird es jetzt gewahr, daß Horthy den Friedensvertrag nur in dem Glauben unterschrieben hatte, daß er ihn niemals ausführen wird. Denn die Entente fordert mit der Räumung Westungarns nur etwas, wozu sie Ungarn mit der Unterschreibung und Ratifizierung des Friedensvertrages verpflichtet hat. Man kann sich vorstellen, in welchem Geiste Ungarn an die Erfüllung des Friedensvertrages im allgemeinen herantritt und was von den internationalen Verpflichtungen, die dieser Staat übernimmt, zu erwarten ist!

Bestätigten Nachrichten zufolge wird zwar der ungarische Staat, wenn ein sehr starker Druck auf ihn ausgeübt wird, das

deutsche Land räumen, aber die Legionäre des Baron Lehar werden dann das Gebiet besetzen und dort eine „autonome“, unter ungarischer Oberhoheit stehende Provinz einrichten. Lehar ist auch die militärische Stütze derjenigen Monarchisten, die den früheren König Karl auf den ungarischen Thron zurückführen wollen und er will durch die Befehle Westungarns die unmittelbare Verbindung mit den österreichischen Monarchisten wieder herstellen. Eine Zeitlang war die drohende Gefahr eines Einbruchs der Horthyschen Horden nach Wien nicht akut. Durch die Aufstellung der westungarischen Frage ist dies wieder in den Bereich des Möglichen gerückt. So ein Handreich, wie bestimmt auch sein endgültiges Mißlingen wäre, könnte aber alle sozialen und nationalen Probleme Mitteleuropas ins Rollen bringen und Wirkungen auslösen, die in gar keinem Verhältnis zu seinem Anlaß wären.

Solange in Ungarn keine Ordnung geschaffen wird, das heißt, bis die ungarische Nationalarmee nicht abgerüstet wird, kann es in Mitteleuropa keine Ruhe geben. Es mutet einem fast grotesk an, daß die Entente dem 60-Millionen-Volk von Deutschen hunderttausend Bewaffnete zu halten gestattet, währenddessen Horthysungarn noch immer eine Armee über 200 000 Mann unter Waffen hält. Der Schritt der Ententediplomatie in der westungarischen Frage hat nur dann

# Arbeiter! Angestellte!

## Heute abend 7 Uhr

### öffentliche

# Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Pharosäle, Müllerstraße 141
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24
- Germania-Festsäle, Chausseestraße 110
- Böhmer-Brauerei, Prenzlauer Allee 247
- Voigt-Theater, Badstraße 57
- Schulaula, Greifenhagener Straße 20
- Schulaula, Manteuffelstraße 7
- Residenz-Festsäle, Landsberger Straße 31
- Viehsohbörse, Eldenaer Straße
- Soabrauerei, Chausseestraße 64
- Comeniusäle, Memelerstraße 67
- Schulaula, Hohenlohestraße
- Schulaula, Briker Straße 17/18

Neukölln: Kleins Festsäle, Hasenheide

## Tagesordnung in allen Versammlungen:

# Der preußische Landtag!

## Parteigenossen! Sorgt für Massenbesuch

### unserer Versammlungen!

einen Sinn, wenn er die Einleitung einer Aktion zur Entwaffnung der nationalistischen und sozialen Konterrevolution in Ungarn ist. Nur wenn dies vollzogen ist, kann die Republik in Deutschösterreich und der schließlich nationale Befreiungsstand der Nationalstaaten der Tschechen, Rumänen, Jugoslawen gesichert betrachtet werden.

## Das Existenzminimum im Dezember

Infolge der Einschränkung in der amtlichen Zuteilung von Fetten und des Steigens zahlreicher Preise im freien Handel waren die Kosten des Existenzminimums im Dezember nach den statistischen Berechnungen von Dr. Kuczynski merklich höher als in den Vormonaten. In Groß-Berlin kostete Milch 5mal soviel wie vor sieben Jahren, Brot und Gas 10mal soviel, Erbsen 12mal soviel, Butter 14mal soviel, Zucker 15mal soviel, Margarine 18mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel, Reis und Schmalz 30mal soviel. Dabei sind die Schleierhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungs- und Genussmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zwösfache. Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 72,66 Mark zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 5,82 Mark kaufen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für Groß-Berlin:

	Mann	Choppar	mit 2 Kindern
Dezember 1920	158	238	330
November	153	228	316
August 1913/ Juni 1914	16,75	22,30	28,50

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Dezember 1920 für einen alleinlebenden Mann 28 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 40 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 55 Mark. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8250 Mark, für das kinderlose Ehepaar 12 400 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 200 Mark.

Dem letzten Vorkriegsjahre bis zum Dezember 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mark auf 158 Mark, d. h. auf das 9,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mark auf 238 Mark, d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,50 Mark auf 330 Mark, d. h. auf das 11,6fache.

Verhinderung im Leipziger Metallarbeiterstreik. Die Lage im Streik der Leipziger Metallarbeiter hat eine Verschärfung erfahren. Die Ausperrung von 50 Prozent der in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer soll nicht erst am 15. Januar, sondern sofort vorgenommen werden. Die Kreisbauernschaft ist zur Zeit bemüht, Verhandlungen zwischen den beiden Parteien herbeizuführen.

Die Zensur im besetzten Gebiet. Die Internationales Rheinland-Kommission hat die vom Grafen G. Noyenlow herausgegebene Wochenchrift „Der Reichswart“ auf drei Monate verboten. Ferner hat sie den Vertrieb der Broschüren des englischen Sozialisten C. D. Maxwell „Der Schatten am Rhein“ und „Die schwarze Pest in Europa“ im besetzten rheinischen Gebiet untersagt.

# Die Obstruktion der Rechten

## Beschlußunfähigkeit in der Landesversammlung

Noch einmal wurde Komödie in der preussischen Landesversammlung gespielt. Zum dritten Male wurde über das Gesetz: Selbstbestimmung der Domänen, namentlich abgestimmt. Wieder gab das Zentrum mit der Rechten keine Stimmlaute ab, so daß der Präsident die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellen und die Sitzung schließen mußte. Er brauchte eine Minute später eine neue Sitzung an. Vor Eintritt in die Tagesordnung der neuen Sitzung nagelte Genosse Obach das Verhalten der Rechten fest, daß nicht Beschlußunfähigkeit, sondern Beschlußunwilligkeit vorliege. Der Saal sei außerordentlich stark besetzt. Er forderte die Linke auf, dazu Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Bei der Beratung des Haushalts der Landesversammlung ging unser Redner Ludwig aus das Verhältnis der Druckerei Greve ein, die bisher die Druckaufträge der Landesversammlung auszuführen hatte. Der Redner forderte, daß die Arbeiten an die Reichsdruckerei abgegeben werden, nach dem jetzt allgemein geltenden Grundsatz, nur tariffreie Firmen mit Arbeiten zu beauftragen. Genosse Ludwig kommt dann auf die rechtssozialistische Wahlmache gegen unsere Partei zu sprechen. Er sagt dazu: „Eine der Parteien hat jetzt draußen im Lande in ihrem Wahlhandbuche eine Mär verbreitet, der wir gleich heute von dieser Stelle aus entgegenzutreten müssen. Es betrifft die rechtssozialistische Partei. Sie schreibt in ihrem Handbuche: „Auch mußte immer wieder festgestellt werden, daß die Unabhängigen fast sämtliche Ausschusssitzungen schwänzten und nachher in der Volksversammlung lange Debatten über Gegenstände entzweifelten, die im Ausschuss längst erledigt waren.“ Ich möchte feststellen, daß dies völlig unrichtig ist. Wenn Sie die Protokolle nachprüfen wollen, so werden Sie dieselbe Feststellung machen können. Wir geben zu, daß eine kleine Fraktion in den Ausschüssen, von denen 20-25 bestehen, ab und zu verhindert sein kann; aber ich stelle ausdrücklich fest, daß in einer ganzen Reihe von Ausschüssen unsere Freunde in den zwei Jahren

in jeder Sitzung vertreten

waren. Die Ungehörigkeit, uns deshalb nachfragen zu wollen, in fast jeder Sitzung hätten wir gefehlt, weise ich zurück.“

## Etat für Kunst und Volksbildung

Minister Henrich antwortete bei der Beratung dieses Etats auf die Angriffe des Zentrumredners Lauscher, mit allerlei Verbeugungen vor dem Zentrum. Auf einen Angriff von rechts, meinte er, daß er es nicht für eine Schande halte, etwa mit einem sozialdemokratischen Parteisekretär im Lande herumzureisen. Er halte gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen zur erprobten Arbeit für notwendig. Mit dieser echt rechtssozialistischen Gefühlsduselei schloß Henrich.

Von unserer Partei sprach Genosse Kleinpehn zu dem Kultusetat. Er wies auf das wenig würdige Bild der Durchpfeilung dieses Etats hin. An dem alten System habe sich, ebenso wie in den anderen Ressorts, auch im Kultusministerium nichts geändert. Die Revolution schiene hier spurlos vorübergegangen zu sein.

## Das sei die Folge der Koalitionspolitik.

Ein rechtssozialistischer Minister mache noch nicht, daß sozialistischer Geist in das Ministerium einziehe. Selbst wenn ihn und wieder guter Wille gezeigt wurde, verflüchte sich die Ordnung durch das reaktionäre Verwaltungssystem fast vollständig. Diese Erscheinung beweise, daß mit der bürgerlich-kapitalistischen auch die rechtssozialistische Politik Bankrott gemacht habe. Die rechtssozialistische sei so mehr, als sie nicht den Mut finde, der Reaktion entgegenzuarbeiten. Genosse Kleinpehn führt weiter aus: Da brauchen wir uns nicht zu wundern über die Anzeichen von Herrschgelenken der Kirche, wie sie in dem Schulgesetz der katholischen Bischöfe zum Ausdruck kommt. Was gebotet übrigens der Minister zu tun gegen die Vorbereitungen, die von kirchlicher Seite zum Tode der früheren Kaiserin getroffen werden? Will er dieses voraussetzliche Ereignis zu einer monarchischen Demonstration gestalten lassen? Nach dem Entgegenkommen der Rechtssozialisten seit der Gefaltsbewilligung für die Geistlichen, sind diese immer dreister geworden, und die Vorstände der kirchlichen Kreise immer verhandlicher. Mehr und mehr stellt sich die Kirche auf die Seite der kapitalistischen Machthaber. Das Christentum geht dabei in die Hinfen. Darum wenden sich die Arbeiter immer mehr von der Kirche ab, wie die Massenaustritte aus der Landeskirche beweisen. Mit der Aufforderung an den Minister, endlich einmal Sozialismus zu zeigen, schloß Genosse Kleinpehn seine wirkungsvollen Ausführungen.

Wolff Hoffmann sprach die Kommunisten. Mit diesem Redner schloß die erste Reihe, eine zweite Reihe Redner, mit je einer Viertelstunde Redezeit, folgte. Wesentlich Neues kam hierbei nicht zutage, nur was bemerkt werden, daß der Demokrat Dr. Gollschalk eifrig für den Antrag der Deutschen Volkspartei eintrat, den 18. Januar zum allgemeinen Feiertag zu machen. Von unserer Fraktion steht noch der Genosse Wehl auf der Rednerliste. Es soll noch eine Abend Sitzung des Plenums stattfinden, um möglichst die Arbeiten der Landesversammlung morgen beenden zu können.

## Staatliche Förderung des Wohnungsbaues

Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung nahm am Mittwoch eine Reihe von Gesetzen an, darunter den Nachtragshaushalt für die Schutzpolizei. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Sicherheitspolizei nicht gäbe, daß es also irrtümlich sei, wenn in der Öffentlichkeit von einer solchen gesprochen würde. — Durch den angenommenen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung der Baukosten-Verteuerung, werden 400 Millionen bereit gestellt. Es wird dadurch der Bau von 18 000 Wohnungen ermöglicht. Die Regierung wurde über den Stand der Reichsfinanzpläne des Reiches befragt. Nach dem neuesten Entwurf sollen die Länder bezüglich der Erhebung und Verwendung selbstständig handeln. Es soll nur vorgeschrieben werden, daß eine Kreissteuer oder eine gleichwertige Grundsteuer durch die Länder erhoben wird.

## Reichstarif für das Versicherungsgewerbe

Die Erneuerung des Reichstarifes für das Versicherungsgewerbe bildete den Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens im Reichsarbeitsministerium. Nach vierzigtägigen Verhandlungen unter dem unparteiischen Vorsitz der Staatsminister a. D. Dr. Sabelum, Regierungsrat Dr. W. Wegerer vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Dr. Wegerer vom Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung, wurde am 11. 1. morgens 2 Uhr, ein einstimmiger Schiedsspruch verfaßt, der sich auf die Hauptfragen des Tarifstreites erstreckt. Die Arbeitszeit wird auf 48 Arbeitsstunden bei durchgehender Arbeitszeit, auf 44 Stunden in der Woche bei geteilter Arbeitszeit festgelegt. Das Entlohnungssystem wird unter Beibehaltung der Berufsgruppen und Abhängigkeit der Lebensalterszulagen gänzlich neu geregelt. Die Erhöhung der Gehaltszulagen gegen das letzte Quartal 1920 beläuft sich auf durchschnittlich 8 bis 12 Prozent. Dazu kommt die Wiederherstellung der Beitragszulagen auf jährlich 2000 Mark. Die gleiche Bezahlung männlicher und weiblicher Angestellten wird aufrecht erhalten. Ebenso sollen die Bestimmungen über die Urlaubsbewährung sowie über die Fortzahlung der Gehaltszulagen während der Erkrankung eine Verschlechterung nicht erfahren.



# Das Ortsgesetz über die Bezirksämter beschlossen

## Obstruktionsversuche der Rechten — Paulsen als Stadtschulrat gewählt

Die neue Regelung über die Zulassung zur Tribüne der Stadiverordnetenversammlung durch Eintrittskarten hat sich gestern bewährt. Die Tribüne blieb auch bei den teilweise recht lebhaften Debatten unten im Saale durchaus ruhig.

Um so ungestümmer aber trat diesmal die äußerste Rechte auf, die in der Störung der Arbeit der Versammlung willkürlich sogar den Kommunisten den Rang ablaufen will. Sie suchte, unterstützt von den Zentrums-Stadiverordneten, die Wahl des neuen Oberstadtschulrats hinauszuschieben, da die zur Entscheidung der üblichen Hezge gegen ihn nicht die genügende Zeit gehabt hätte. Ihr Antrag auf Verjagung der Wahl wurde abgelehnt, auch einzelne Demokraten stimmten mit den sozialistischen Parteien gegen die Verjagung. Die Rechte verließ darauf geschloffen den Sitzungssaal, ohne aber dadurch die Wahl Paulsens verhindern zu können.

Bei der Beratung des Ortsgesetzes über die Bildung der Bezirksämter versuchten die Demokraten der Linken unsachliche Motive für die hohe Zahl der besetzten Mitglieder zuzuschreiben. Sie erlitten aber in der Debatte, in die auch Bürgermeister Ritter eingriff, eine berbe Zurückweisung.

Zum Schluß gab es noch eine Arbeitslosen-debatte. Die paritätische Zusammensetzung der Tribüne wirkte selbst auf den kommunistischen Redner beruhigend ein.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde von der Unabhängigen Fraktion ein Dringlichkeitsantrag gestellt, daß in Groß-Berlin Schulferien zur 50jährigen Wiederkehr zur Begründung des deutschen Reichs nicht abgehalten werden dürfen. Da gegen diesen Dringlichkeitsantrag Widerspruch erhoben wurde, kann er erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

Gäbel (S. P. D.) gibt im Auftrage seiner Fraktion eine Erklärung ab, die sich gegen den angeblichen Ausschluß der Öffentlichkeit richtet, die infolge der Lärmhaken während der letzten Sitzung vom Stadiverordnetenvorsteher angeordnet worden sei.

Zur Festlegung des Gehalts des Oberbürgermeisters schlägt der Ausschuß vor, das Grundgehalt auf jährlich 47 000 Mark nebst Ortszuschlag von 5000 Mark und 50 Prozent Teuerungszulage, insgesamt also 78 000 Mark festzusetzen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, die beantragen hatten, das Jahresgehalt auf 30 000 Mark plus 50 Prozent Teuerungszulage festzusetzen. Die Dienstwohnung, die der bisherige Oberbürgermeister im Herrenhause in Buch innegehabt hat, fällt fort.

Zunächst kommt ein Antrag Wehl und Genossen (U. S. P.) betreffs

### Einlieferung der Kohlenlieferung an Bars, Döhlen usw.

zur Verhandlung. Dazu liegt ein Antrag der Kommission vor, der verlangt, den Magistrat zu ersuchen, für eine Gleichmäßigkeit in der Organisation bei der Verteilung der Kohle zu sorgen, mit der Reichsstelle unter Hinzuziehung der Betriebsräte in Verbindung zu treten, um eine strenge Kontrolle der Kohlenansuhr zu ermöglichen, und die Direktion der Gas- und Elektrizitätswerke auf die strikte Durchführung der Vorschriften über Licht-, Kraft- und Kohlenverbrauch erneut hinzuweisen. Diese Vorlage wird angenommen.

Es wird sodann zur

### Wahl des Stadtschulrats

geschritten. Harzer Lichtenberg (Zentr.) beantragt zur Geschäftsordnung die Debatte über die Wahl nochmals zu eröffnen. Er wird von dem nationalsozialistischen und volksparteilichen Rednern unterstützt, die unter dem Deckmantel von Geschäftsordnungsbemerkungen längere Ausführungen zur Sache zu machen suchen. Dabei kommt es verschiedentlich zu grobem Lärm, daß die einzelnen Worte der Redner unverständlich sind. Dies wird abgelehnt. Desgleichen wird ein Antrag abgelehnt, die Wahl zu vertagen.

In der nun vorgenommenen Wahl, bei der die Rechte, mit Ausnahme der Demokraten, den Saal verläßt, werden 128 gültige Stimmen abgegeben. Von diesen erhalten Paulsen

(Hamburg) 115, Dr. Reimann 13 Stimmen. Dr. Paulsen ist somit als Stadtschulrat gewählt.

Die Versammlung tritt dann in die Beratung der Vorlage betr. Erlaß eines

### Ortsgesetzes über die Zusammensetzung der Bezirksämter

und die Besetzung ihrer Mitglieder ein. Die Vorlage des Ausschusses sieht 124 besetzte und 112 unbesetzte Magistratsmitglieder vor. Ein Antrag der Kommunisten verlangt die Besetzung sämtlicher Mitglieder der Bezirksämter.

Dr. Michaelis (Dem.) wendet sich entschieden gegen die Vorlage, die auf einer Bureaucratie und der städtischen Verwaltung hinauslaufe. Auch käme die Verwaltung der neuen Stadtgemeinde durch Schaffung so vieler besetzter Stellen recht teuer zu stehen. Er beantragt namens seiner Freunde die Vorlage nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen. v. Egnern, Dörr (S. P. D.), Frank (S. P. D.) und Freund (U. S. P.) wenden sich gegen den Antrag der Demokraten. Freund begründet die Notwendigkeit und weist den der Linken gemachten Vorwurf der unsachlichen Motive entschieden zurück. Bürgermeister Ritter bittet namens des Magistrats, den Antrag der Demokraten abzulehnen und legt den Entwurf für die Verhältniswahl der unbesetzten Mitglieder vor.

Der Antrag auf Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuß wird gegen die Stimmen der Demokraten und der deutschnationalen abgelehnt und hierauf die Vorlage des Ausschusses angenommen. Ebenfalls die Vorlage über die Verhältniswahl der unbesetzten Mitglieder zu den Bezirksämtern. Der Antrag der Kommunisten auf Besetzung sämtlicher Mitglieder der Bezirksämter wird ebenfalls abgelehnt.

Die Versammlung stimmt dann der Bewilligung weiterer 500 000 M. zur Auffüllung der Betriebsmittel der Darlehnskasse für Beamte usw. ohne Debatte zu.

Kawrodi (S. P. D.) begründet einen Antrag seiner Fraktion betr.

### Fortführung der Arbeiten auf dem Nord-, Süd- und Indusriebahngebäude.

Im Interesse der Allgemeinheit müsse der Bau mit voller Kraft weitergeführt werden. Es bestrebe aber auch die Beschäftigung der hiesigen Arbeiter, auch besteht die Möglichkeit von Häufereinstößen usw.

Heilmann (S. P. D.) begründet eine ähnlich lautende Anfrage. Er verlangt Auskunft vom Magistrat, ob er bereit und gewillt ist, im Interesse der Allgemeinheit den Bau der Nord-Südbahn fortzusetzen.

John (U. S. P.) sprach sich ebenfalls für die eingebrachten Anträge aus. Wenn der Magistrat erklärt, es fehle an Mitteln, den Bau fortzusetzen, so müsse versucht werden, diese Mittel aufzutreiben. Es handle sich hierbei nicht nur um die Interessen von Groß-Berlin, das Reich ist verpflichtet, helfend einzugreifen. Der Magistrat seinerseits wäre verpflichtet, bei der Reichsregierung Schritte zur Gewährung von Zuschüssen zur Fortsetzung des Baues zu unternehmen.

Stadtbaurat Hahn erklärt sich mit dem Vorschlag John einverstanden, da derselbe in der Tiefbauforschung beraten wurde. Er weist darauf hin, daß im Etat 1920 nur 120 Millionen Mark für den Bau der Nord-Südbahn bewilligt waren. Wenn mit den finanziellen Mitteln in diesem Tempo weitergebaut wird, so werden noch 4-5 Jahre vergehen, ehe der Bau der Bahn vollendet ist. Es ist deshalb notwendig, daß mit Hilfe des Reichs Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Bau der Bahn in ein bis einhalb Jahren zu vollenden. Dazu wären 4-500 Millionen Mark erforderlich. Er versichert, daß der Magistrat bestrebt ist, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit durch Baustandarbeiten zu lindern. Gegenwärtig besteht aber die technische Unmöglichkeit, den Bau der Bahn weiterzuführen. In zwei bis drei Wochen soll allerdings die Inangriffnahme der Baustelle Gneisenaustraße vor sich gehen.

Der Stadiverordnete Heilmann (S. P. D.) beantragte nach den Ausführungen des Baurats Hahn, die Vorlage zu vertagen und den Magistrat im geeigneten Moment beim Wort zu nehmen. Der Antrag wird aber schließlich gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

## Gegen die Vollsozialisierung

Die Opposition des Deutschen Werkmeisterverbandes

Seit einiger Zeit machen sich in der Leitung des Deutschen Werkmeisterverbandes, der der „Afa“ angeschlossen ist, Bestrebungen geltend, die sich gegen die energische Stellungnahme der Afa in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues wenden. Verschiedentlich wurde sogar mit dem Austritt des Deutschen Werkmeisterverbandes aus der Afa gedroht. Jetzt verbreitet die „Dema“ eine Meldung, nach der der Deutsche Werkmeisterverband besonders in der Person Kaufhäuser, des Führers der Afa, die eigentliche Triebfeder für den linksgerichteten Kurs in der Angestelltenbewegung steht. Nach dieser Meldung fordert der Werkmeisterverband, daß Kaufhäuser bis zum 15. Januar von der Leitung der Afa zurücktritt, andernfalls er seinerseits aus der Afa auscheiden wird. Der Werkmeisterverband betont, daß er jedes ungeschehliche Machtmittel verwirft und die Bestrebungen bekämpft, die die Gewerkschaftsbewegung in das linksradikale politische Fahrwasser gleiten lassen.

Soweit uns bekannt ist, bestehen allerdings zwischen dem Vorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes und den übrigen, dem Afa-Bund angeschlossen Organisationen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung der Sozialisierung im Bergbau. Während der Vorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes dazu neigt, dem bekannten Stinnesvorschlag in der Sozialisierung zuzustimmen, steht der Afa-Vorstand nach wie vor auf dem Boden der Vollsozialisierung. In allen seinen Rundgebungen hat der Afa-Vorstand zum Ausdruck gebracht, daß auch die Gewerkschaften ihre ganzen Kräfte für die Sozialisierung des Bergbaues aufzubringen. Im übrigen will der Deutsche Werkmeisterverband auch keine Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, während alle übrigen Gewerkschaftsorganisationen diese internationale Verbindung aufs nachdrücklichste wünschen. Es handelt sich bei dem Vorgehen des Werkmeisterverbandes um reaktionäre, bürgerliche Treibereien, die gegen die entscheidende freigewerkschaftliche Richtung der Afa gerichtet sind und in letzter Zeit auch von rechtssozialistischer Seite manche Unterstützung erfahren haben.

Es ist auch noch weiter dazu zu bemerken, daß die Mitgliedschaften des Deutschen Werkmeisterverbandes keineswegs auf dem Boden ihres Vorstandes stehen, sondern in ihrer Mehrzahl den Verbleib bei der Afa wünschen. Wie uns weiter dazu mitgeteilt wird, findet am 22. Januar die Vertreterversammlung des Afa-Bundes statt, die die Neuwahl des Vorstandes vornehmen wird. Dieser Kreis hat allein über das Auscheiden oder den Verbleib Kaufhäuser in der Leitung des Afa-Bundes zu entscheiden. Wir glauben kaum, daß er den Wünschen des Vorstandes des Werkmeisterverbandes folgen wird.

## Wofür Geld vorhanden ist

Bekanntlich herrscht in den Reichs- und Staatskassen stets ein ganz erheblicher Geldmangel, wenn es gilt, berechnete Arbeiter- oder Beamtenforderungen zu erfüllen oder Ausgaben für Kulturzwecke zu bewilligen. Umso freigelegter ist man aber, wenn es gilt, für Reichswehr, Sipos usw. Geld herzugeben. Wir haben das wiederholt im Reichs- und in einzelnen Ländern gesehen.

Jetzt gibt der Freistaat Bremen wieder ein anmutiges Beispiel dieser Art bürgerlicher Staatsökonomie. Nach unserem Bremer Parteiorgan hat die Polizeidirektion der Hansestadt einen Bericht erstattet, in dem für Bekleidung und Geräte für Leibbesatzungen der Sipos die Kleinigkeit von 10 4676 M. gefordert werden. Von diesem Betrag sollen für 1700 Paar Turnschuhe 68 000 M. für Sporthosen 18 800 M. für Fußballkleider 3000 M. angelegt werden!

Gegen diese Verwendung der Steuergrößen Bremer Arbeiter zur Bekleidung dieser Sportlust der Siposleute, die offenbar viel freie Zeit haben müssen, hatte die Finanzkommission keine Bedenken. Unser Parteiblatt, die „Bremer Arbeiterzeitung“, weist demgegenüber darauf hin, daß zur Unterhaltung der Kinderbewahranstalten das Notwendigste zusammenbestimmt werden muß, da die Finanzkommission bei Anträgen, diese Anstalten von Staats wegen zu unterstützen, unüberwindbare Bedenken hatte.

## Ismer

Erzählung von Julius Devin

Ismer hatte das leibestellte Glas noch nicht geleert, als plötzlich die Liebe in ihm ausbrach. Es kam über ihn eine Art heulendes Elend, und er hätte seiner Seele Seligkeit darum gegeben, jetzt mit Emilie nach Hause zu gehen. Sie aber war zu nahe an dem Gewinne ihres Spiels, um nicht alles zu tun, ihn völlig in ihre Hand zu bekommen. „Warum willst du denn so lange warten?“ fragte er zärtlich. „Du hast mich auch warten lassen. Geschrieben hast du doch nur selten!“ „Das lag wohl 'n bißchen an dir, lieber Schatz! Im ganzen hast du noch viel weniger geschrieben als ich.“ „Du hättest aber anfangen sollen!“ „Wie? Du weißt doch, daß wir 'n bißchen Schuß waren, als ich ausrückte.“ „Da war ich doch nicht Schuld daran.“ „Ja wohl?“ fragte er plötzlich, so die Stimme erhebend, daß Emilie ihm die Hand auf den Arm legte und sagte: „Aber stille doch!“ „Na meinetwegen! Aber das wirst du doch zugeben, daß ich näher ganz richtig geschrieben habe.“ „Aus'n Lazarett nicht.“ „So-o? ... na, ... da war ich doch krank, verwundet!“ „Da hättest du doch können schreiben lassen.“ „Von wem denn?“ „Na, von den Kameraden ... oder von der Krankenschwester.“ „Mit der Krankenschwester wollte ich gar nicht zu tun haben ... Was braucht denn die von meine Familienverhältnisse zu wissen?“ „Hab' dir man nich so! Unsere Familienverhältnisse!“ „Na, einfach sind sie nich!“ „Für mich ja. Det sind se. Du natürlich, du willst immer wat Belonderes haben. Wenn ich dir ganz einfach schreibe, denn paßt dir det nich. Det soll immer so was Gschwollenes sein. Zellebster Mann! Aff deinen Schmerzenslager“ und weiß Jott, was for'n Zimmt, wie's in de Zeitungen steht.“ „Erlaube, liebe Laube!“ sagte Ismer lachend. „En bißchen zärtlicher hätst et schon sein können. Schließlich bist ich doch lange und tief genug im Schlamassel gesteckt, daß du mer auch mal von selbst en ordentlichen Brief hättest schreiben können, und nich immer bloß die kurzen Karten mit: Et frägt deine Emilie! ... Hat sich was! ... Keine Emilie! ... Da piepen de Hühner!“ „Jawoll! ... Deine Emilie ... wem denn seine sonst?“ „Keine ooch, willst du sagen!“ „Dir stekt woll immer noch de Marie im Kopp?“ „Ja und de Marie?“ „Jawoll! Mich wundert bloß, daß se nich schon anseht, jefommen is ... Sie kann es ja ohne dir nich aushalten.“ „Du bist woll nich!“ „Na, se hat et mir ja selbst jesagt!“ „Na, aber se hat dir woll nich jesagt, was ich dazu jesagt hätte ...“ „Na wat denn, wat denn?“ „Wat auch der selbige Neumann jesagt hätte, wenn er noch lebend und jehund wäre und nich tot un krank!“ „So'n Schmuhs!“ „Du willst dir bloß 'ne Ausflucht nehmen, süßer Schatz! Ja soll mein Interesse uff de Marie jeworfen haben? ... Keel ... Wenn de der daberaus 'ne Sache for den Fritzen zurechnudeln willst, da bist de schief jewidelt!“ Ismers Gesicht begann zu glühen, die Augen quollen ihm aus den Höhlen. Er sah Emilie unterwandt an, er mußte genau beobachten, wie das eine Wort „Fritze“ auf sie wirken würde. „Der Fritze?“ gab se ruhig zurück, indem se den Kopf vorstreckte und die Stirn runzelte, wie wenn se gegen das höchste Unrecht, das ihr geschehen konnte, Einspruch einlegen wollte. „Der Fritze? ... Was is denn das for ne Jeshichte?“ Sie hatte es so gemacht, daß Ismer einen Augenblick stuhlig wurde und sich aus seinem innersten Innern ein trostreicher Gedanke loszumachen schien, um ihm zu Hilfe zu eilen. „Jawoll!, der Fritze“, sagte Ismer, wenn auch schon etwas weniger bestimmt. „Ich kenne die ganze Sache, det war schon damals ... Du weißt die Nacht!“ Emilie schwieg noch immer. „Marie hat mir zwar mal etwas anjuntet“, sagte Ismer lachend, „aber det tot se als Schwägerin, wegen meiner häuslichen Ehre, nich weil se selber mal an'n Honig leden wollte.“ „Na, weest de ... Honich!“ „Jott, et hat dir och manchmal janz jut jefallen!“ „Jren is menschlich, sagt der Prophet Jesajas, und wenn

de jetzt nich mit dem Biddsim auffährst, dann kanst du heute Nacht ...“ „Sie vollendete den Satz nicht.“ „Was?“ fragte er, indem er die Faust ballte und bald in derselben Bewegung wie damals, als er neben dem Fritzen lag, nach dem Seitengewehr griff. „Ach laß doch den Unfann!“ sagte Emilie scharf. „Mir kannt de mit del'm Jagdmesser nich imponieren ... und doof bist de auch ... nu hätte das heut so scheen werden können ... Ich habe och wirklich keene wahre Freude.“ Emilies Stimme ließ auf einen gewissen Feuchtigkeitsgrad schließen. Ismer begann sich, ob er nicht doch zu weit gegangen und in Gefahr war, das Beste zu verlieren. „Über so schnell wie sein Bedenken gekommen war, war es auch verflögen. Nein, wie er den Fritzen überführt hatte, so wollte er auch die Mitschuldige überführen!“ „Du wirst mir det jetzt jesehen“, sagte Ismer mit finsterner Bestimmtheit. „Du wirst mich nich mehr belügen. Du hast'n Verhältnis mit'n Fritzen jehabt.“ „Keine Idee!“ „Aber ich weiß es.“ „Na, wat fragst de denn?“ „Du sollst mir endlich die Wahrheit sagen!“ „Det tu ich ja schon die ganze Zeit, un nich zu knapp!“ „Trade det tuft de nich.“ „Woher weißt de?“ „Er hat et mir jesagt.“ „Wo?“ „Auf'n Schloßfeld!“ „Wann da?“ „We er jesterden is! ... Du weißt doch woll, daß er tot is?“ „... Det mußt ja nich, wat er redet.“ „Du weißt, daß er tot is?“ wiederholte Ismer mit perkaltener Schadenfreude. „Nah wahr, du weißt det? Wenn nich, dann sage et dir!“ „Ich weest non jar nich, bloß det du 'n bißchen zu vilfe hast ... jehi kanntst reden wat de willst, ich jehi keene Antwort!“ „Dann jehen wir lieber!“ „Keel!“ sagte Emilie, obwohl se schon sprungbereit war. „Ja, sage et“, sagte Ismer heilig. „Dert Ober, zahlen!“ Der Keüner kam heran, nahm sein Geld, und Ismer und Emilie gingen, ohne ein Wort zu wechseln, zum Bahnhof. (Schluß folgt.)

de jetzt nich mit dem Biddsim auffährst, dann kanst du heute Nacht ...“ „Sie vollendete den Satz nicht.“ „Was?“ fragte er, indem er die Faust ballte und bald in derselben Bewegung wie damals, als er neben dem Fritzen lag, nach dem Seitengewehr griff. „Ach laß doch den Unfann!“ sagte Emilie scharf. „Mir kannt de mit del'm Jagdmesser nich imponieren ... und doof bist de auch ... nu hätte das heut so scheen werden können ... Ich habe och wirklich keene wahre Freude.“ Emilies Stimme ließ auf einen gewissen Feuchtigkeitsgrad schließen. Ismer begann sich, ob er nicht doch zu weit gegangen und in Gefahr war, das Beste zu verlieren. „Über so schnell wie sein Bedenken gekommen war, war es auch verflögen. Nein, wie er den Fritzen überführt hatte, so wollte er auch die Mitschuldige überführen!“ „Du wirst mir det jetzt jesehen“, sagte Ismer mit finsterner Bestimmtheit. „Du wirst mich nich mehr belügen. Du hast'n Verhältnis mit'n Fritzen jehabt.“ „Keine Idee!“ „Aber ich weiß es.“ „Na, wat fragst de denn?“ „Du sollst mir endlich die Wahrheit sagen!“ „Det tu ich ja schon die ganze Zeit, un nich zu knapp!“ „Trade det tuft de nich.“ „Woher weißt de?“ „Er hat et mir jesagt.“ „Wo?“ „Auf'n Schloßfeld!“ „Wann da?“ „We er jesterden is! ... Du weißt doch woll, daß er tot is?“ „... Det mußt ja nich, wat er redet.“ „Du weißt, daß er tot is?“ wiederholte Ismer mit perkaltener Schadenfreude. „Nah wahr, du weißt det? Wenn nich, dann sage et dir!“ „Ich weest non jar nich, bloß det du 'n bißchen zu vilfe hast ... jehi kanntst reden wat de willst, ich jehi keene Antwort!“ „Dann jehen wir lieber!“ „Keel!“ sagte Emilie, obwohl se schon sprungbereit war. „Ja, sage et“, sagte Ismer heilig. „Dert Ober, zahlen!“ Der Keüner kam heran, nahm sein Geld, und Ismer und Emilie gingen, ohne ein Wort zu wechseln, zum Bahnhof. (Schluß folgt.)

# Kämpft für die Gemeinwirtschaft!

Rede des Abgeordneten Klauhnert in der Landesversammlung

Bei der Beratung des Landwirtschaftsetats in der Preussischen Landesversammlung am Dienstag, den 11. Januar, hielt unser Genosse Klauhnert eine vortreffliche Rede, die besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen eine ausführliche Wiedergabe erfordert. Genosse Klauhnert führte aus:

Bei der letzten Beratung der landwirtschaftlichen Verwaltung hat Herr Abg. v. d. Osten dem Minister den Vorwurf gemacht, daß er nicht genügend tue, um die Siedlung zu fördern. Die Siedlungen, die dazu dienen sollen, Ihnen neue Arbeitskräfte zuzuführen, fördern Sie selbstverständlich, weil Sie ein Interesse daran haben, ein möglichst billiges Ausbeutungssubjekt für Ihre agrarische Produktion zu haben. Dann hat Herr Abg. v. d. Osten noch weiter betont, man soll sich auf Seiten der Arbeiter mehr einschränken. Eine solche Neuerung sollte man von Ihnen nicht erwarten, denn Sie wissen gerade, daß die arbeitende Bevölkerung sich schon so einschränkt, daß überhaupt keine weitere Einschränkung mehr möglich ist. (Sehr richtig! bei den U. S. — Widerspruch des Abg. v. d. Osten.)

Das haben Sie gesagt, Herr v. d. Osten, und ich sage, es wäre angebracht, nach Ihrer Seite hin zu sagen, daß die besitzenden Klassen endlich einmal dazu übergehen, ihr ungeheures Vorrecht und Unrecht, das Sie besitzen, zu befeitigen und sich bei der ungeheuren Not, die die arbeitende Bevölkerung durchzumachen hat, etwas einzuschränken. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Das weiteren hat Herr v. d. Osten verlangt, daß mehr gearbeitet werden soll.

Towohl der Überzeugung sind wir auch, aber wir verlangen, daß nicht der Arbeiter allein arbeiten soll, sondern auch die besitzenden Klassen, die heute weiter nichts tun, als schlennen und prahlen (Lachen rechts), daß diese auch endlich Hand anlegen, um praktische Arbeit zu leisten.

Er hat des weiteren ausgesprochen, daß, wer draußen auf dem Lande die Verkürzung der Arbeitszeit fordert, sich am Volk verständig machen würde. Die besitzenden Klassen verständig machen sich tagtäglich am Volk, und gerade die agrarischen Elemente sind es, die sich tagtäglich am gesamten Volk verständig machen, weil sie nicht das Getreide abliefern, das notwendig ist, um die städtische Bevölkerung ernähren zu können. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Eins der hauptsächlichsten Mittel, das die kapitalistische Gesellschaft angeht, hat, um aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen, war die

## Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Damit sollte auf einmal all das Schöne und Gute kommen, was sie gepredigt hatte. Dem Volke sollte genügend Brot und Fleisch zur Verfügung gestellt werden. Gewiß ist das zum Teil eingetroffen. Die Fleischläden sind heute voll Fleisch, aber es kann nur von der Gesellschaftsklasse gekauft werden, die genügend Mittel und Geld hat, um all diese schönen Dinge zu kaufen. Durch diese künstliche Wirtschaft, die man heute auf dem Fleischmarkt treibt, wird es in kurzem dazu kommen, daß die Wirtschaft immer mehr und mehr zurückgeht, und daß man eine weitere Einschränkung des Fleischgenusses wird vornehmen müssen, wenn wir nicht wollen, daß das Getreide in noch größeren Mengen an das Vieh verfüttert wird. Das Fleisch, das man in den Schlächtereien sieht, ist das Getreide, das nicht abgefleht wird, das durch die Mägen des Viehes geht, um dadurch eine höhere Profitrate zu erzielen. Die 14 Millionen Schweine, die heute erzeugt werden, ergeben etwa 30 Millionen Zentner Schweinefleisch Lebendgewicht. Die Erzeugung kostet mindestens 50 Millionen Zentner Getreide und 300 Millionen Zentner Kartoffeln. Dann fragen Sie sich, wo

## die Kartoffeln in den Großstädten

herkommen sollen. Das minderbemittelte Volk kann drauhen vor den Läden stehen und all die schönen Dinge betrachten, es kann sich das nötige Fleisch nicht kaufen.

Wenn gesagt wird, daß durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Produktion vermehrt wird, dann sagen wir, daß das nicht zutrifft; denn bei den Agrariern sagt man sich: Je weniger wir produzieren, desto höher werden die Preise, desto höher steigt der Profit!

Aber auch

## die neue Grundsteuer,

die von der Landesregierung vorgelegt ist, soll nur dazu dienen, die Preise der Produkte unserer Landwirtschaft zu erhöhen. Herr Abg. v. d. Osten hat ausgesprochen, die Landwirtschaft könne die Grundsteuer nicht ohne Aufschlag auf ihre Produkte tragen. Wo was wir gesagt haben, trifft heute vollkommen zu. Diese Steuer soll dazu benutzt werden, um die Preise noch weiter zu erhöhen! Ich brauche nicht auf das Buch des Ministers Stegerwald zu verweisen. Ich glaube, Sie wissen, mit welcher Macht dort geschrieben wird, welch großes Elend in der minderbemittelten Bevölkerung, unter den Beamten und in anderen großen Volksschichten vorhanden ist. Ich habe hier eine Statistik aus dem Erzgebirge. In der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg fehlt die Hälfte der Kinder in den Klassen drei und vier. Im verflorenen Winter konnten Tausende von Schulkindern nicht regelmäßig zur Schule gehen, weil sie entweder gar kein oder zerstückeltes Schuhzeug hatten, oder weil für die Kinder einer Familie nur ein einziges Paar Schuhe vorhanden war, das abwechselnd benutzt wurde. Hunderte von kleinen Kindern sind während der ganzen kalten Jahreszeit nicht aus dem Zimmer an die Luft gekommen, weil sie weder Schuhe noch warme Kleider

und teilweise nicht einmal Strümpfe hatten. Wenn wir hören, wie die Kinder unternährt sind, wenn Verate feststellen müssen, daß 80 Prozent der Kinder in den Schulen an Untervernährung leiden, und daß bei ihnen schwere Krankheiten bemerkbar machen, dann ist es nicht zu verantworten, daß die Güterverwaltung Böhgenhaus bei Nebelby die Ausfuhrerlaubnis für Milch nach dem Auslande erhalten hat. Die Kinder der Großstadt bekommen keine Milch, aber die Hunde der Bourgeoisie werden überfüttert. Aus dem Tagebuch eines Keilers im Hotel Adlon erfahren Sie, daß der Hund eines Gastes jeden zweiten Tag ein parfümiertes Bad bekommt, ferner ein Beefsteak für 45 Mark und in den Abendstunden einen halben Liter Milch! Dazu tagsüber Pralinen. Sind Sie sich über das Aufsteigende solcher Zustände klar? Weiter: während die Not in Deutschland zum Himmel schreit, liegt der Sekt in Strömen. Für 1 Milliarde Sekt ist in vorigen Jahre in Deutschland verfloren worden, für die hungernden Kinder der Schwinge man den Bettelstab. Aber den Geistlichen beider Konfessionen gibt man von Staatswegen 141 Millionen Mark Teuerungszulagen. Durch Boshätigkeit wird das Problem des Massenelends nicht gelöst, die Armut wird nur beseitigt mit der

Beseitigung des kapitalistischen Systems. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Während das deutsche Volk hungert,

halten die Agrarier die Lebensmittel zurück.

Wo sie einmal — es geschieht selten genug — zur Ablieferung gezwungen werden sollen, scheuen sie sich nicht, selbst beim „Feinde“ Hilfe zu suchen. So handelten badische Klassengenossen des Herrn v. d. Osten. (Hört! hört! bei den U. S.) Das Schlimmste blüht nach wie vor. Die Bevölkerung der Industriezentren hat keine Kartoffeln, aber der Staat ist behilflich bei der Verschlebung von Kartoffeln ins Ausland. Von Arbeitern der Eisenbahndirektion Dresden sind 180 000 Zentner Kartoffeln angemeldet worden, die zum Preise von 90—140 Mark nach der Tschecho-Slowakei gehen sollten! Herr v. d. Osten meint, die Arbeiter sollten mehr arbeiten. Ich aber sage, man sollte

den Landarbeitern endlich einmal ausreichende Löhne

geben. Die heutigen Löhne stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen für die Produkte. Vom Vertreter der Deutschen Volkspartei wurde im Hauptauschuß verlangt, daß das Streikverbot für lebenswichtige Betriebe auf die Landwirtschaft ausgedehnt werden solle. Das sind die unverdienten Wünsche der Reaktion. Die Arbeiter sollen wehlos der Ausbeutung der Agrarier preisgegeben werden. Streiks kann man verhindern durch Zahlung ausreichender Löhne und anständige Behandlung der Arbeiter. Aber das ist im kapitalistischen Staats unerreicht. Die Landarbeiter können ebenso wie die Industriearbeiter und mit diesen gemeinsam nur den

schärfsten Klassenkampf gegen den kapitalistischen Großbesitz,

gegen das kapitalistische System führen. Dieser Kampf muß durchgeführt werden bis zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, bis zur Diktatur des Proletariats. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Ich möchte an den Rapp-Busch erinnern. Da hat man nicht danach gefragt, wieviel Hunderte und Tausende von Zentnern Lebensmittel verdorben sind. Im Kreis Beestow-Storkow wurden vor dem Rapp-Busch 32 000 Liter Milch pro Woche abgeleert, nach dem Rapp-Busch aber nur noch 11 000 Liter. Um die Absichten, die man nicht hatte zur Durchführung bringen können, nachher noch zu verwirklichen, wollte man die Städte durch Nichtablieferung der Milch bestrafen. Niemand treibt mehr Sabotage als der Großgrundbesitz und die großhändlerischen Elemente in der Landwirtschaft. Ich will nur einen Fall anführen, nämlich

den Fall des Barons v. Gardsheim.

Er hat 15 000 Morgen und ließ 2 bis 3000 Morgen Land woung brach liegen. Es machte dem Herrn Baron nichts aus, große Getreidemieten verkaufen zu lassen, weil ihm der Ertrag nicht hoch genug war! Im Herbst hat dieser Menschenscound 600 Morgen einfach abgebrannt, weil er den Schweiß nicht den zaristischen Lohn bezahlen wollte! Es gehen einem Hunderte von Briefen zu, wöhnlich und monatlich, in denen solche Schandstücke gebrandmarkt werden. Leider ist die Zeit zu kurz, um alles auszuführen, was ausgeführt werden möchte.

Ich möchte aber noch das Folgende mitteilen. Auf dem Gute Ravensleben sind 4 Morgen Weizengetreide nicht abgeerntet, sondern abgebrannt worden und die Weizen, die versapft werden sollten, sind ebenfalls abgeerntet worden, weil sie nicht den genügenden Ertrag brachten.

Die „Vossische Zeitung“ hat einen Artikel über den Getreidegang in Deutschland gebracht. Darin wird ausgeführt, daß im Jahre 1920 nur 4,7 Millionen Tonnen Roggen geerntet worden sind, während im Jahre 1912 11,60 Millionen To. geerntet worden seien — also eine bedeutende Verringerung —, und hier- nach kamen im Jahre 1912 auf den Kopf von der Weizen- und Roggengetreide je 200 Kilogramm, im Jahre 1920 nur 120 Kilogramm. Es ist notwendig, einmal den Ursachen dieses kolossalen Getreideenganges nachzugehen. Nach einer Aufstellung von einigen Eltern Ostpreußens, die ich hier habe, ist die mit Getreide besetzte Fläche von 1660 Morgen im Jahre 1914 auf 389 Morgen im Jahre 1920 zurückgegangen. Was tut die Regierung angesichts dieser Zustände? Sie hat eine Denkschrift herausgegeben über den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, in der

die Kritik an der Liebesgabenpolitik als Demagogie

bezeichnet wird. Dabei hat der heutige Landwirtschaftsminister die Liebesgabenpolitik früher, als Sozialdemokrat, ebenso scharf kritisiert. Herr v. d. Osten behauptet, daß der Landwirtschaft die Betriebsmittel fehlen. Das ist nicht wahr. Betriebsmittel sind bei der Landwirtschaft vorhanden, um künstliche Düngemittel anzulassen zu können, aber das tut man nicht, man geht lieber zur extensiven Wirtschaft über. Die Düngemittel liegen massenhaft auf Lager, die Landwirtschaft nimmt sie nicht an. Nun wird in der Denkschrift die Lieferung von billigen Düngemitteln an die Landwirtschaft empfohlen, aber die Landwirtschaft streubt sich gegen Herabsetzung der Getreidepreise. Da ist die Verbilligung der Düngemittel lediglich eine Liebesgabe an die Agrarier. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Was bedeutet der Vorschlag, daß die Allgemeinheit zur Verbilligung der Düngemittel Summen zur Verfügung stellen soll? Er hat nur den Zweck, die kapitalistische Wirtschaft zu stützen, und darum sagen wir: daran haben wir kein Interesse, sondern wir sagen, wenn die kapitalistische Welt nicht mehr in der Lage ist, zu produzieren zu können, so daß die Allgemeinheit ernährt werden kann, soll sie abtreten! Dann hat sie ihren politischen Bankrott erklärt! Dann muß ebenso wie auf dem Baumarkt die Allgemeinheit eingreifen, dann wird

die Gemeinwirtschaft

endlich zum Ziele gelangen.

Im Jahre 1916 hat der Minister Braun, als er noch Abgeordneter war, ausgesprochen, daß mit dem System der Halbheit gebrochen werden müsse, denn es bringe unser ganzes Wirtschaftsleben durcheinander und würde letzten Endes unsere ganze Volksernährung ernstlich gefährden. Heute will er mit denselben Mitteln der Halbheit und der Quasolerei versuchen, die Produktion im agrarischen Interesse zu heben. Er hat damals weiter ausgesprochen, daß die privatkapitalistische Methode zweifellos verlegt habe. Es bleibe daher nur die konsequente und durchgreifende planmäßige Anwendung des

gemeinschaftlichen sozialistischen Wirtschaftes.

Das ist eine Ansicht, mit der wir uns einverstanden erklären können. Aber heute, wo er an die Stelle gestellt ist, von der man erwarten sollte, daß ganze Arbeit gemacht wird, da verjagt der Landwirtschaftsminister und gibt das Mittel der Halbheit, um

die Produktion zu fördern. Wir können aber aus dem Elend der privatkapitalistischen Gesellschaft nicht herauskommen, wenn wir nicht dazu übergehen, die Sozialisierung des Grund und Bodens vorzunehmen! 25 000 Großunternehmer haben 25 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands inne. Diese 25 000 Inhaber von Großgrundbetrieben müssen sie zugunsten der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, wenn die Gemeinwirtschaft einen höheren Ertrag herauswirtschaften kann. Ich möchte den Rechtssozialisten sagen, daß sie in bezug auf die Sozialisierungsbetriebe, die sie auch auf ihrem Parteitag behandelt haben, immer mehr zu der sogenannten Siedlungspolitik kommen und damit die Betriebe für nicht sozialisierungsfähig erklären. Wir wissen ganz genau, daß die Frage der Volksernährung nicht mit der Demokratie gelöst werden kann, wie sie heute besteht. Sie ist eine Rechtsfrage, die nur durch die Eroberung der politischen Macht, durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden kann. (Sehr richtig! bei den U. S.) Denn eins steht fest: Die privatkapitalistische Wirtschaft hat Bankrott gemacht. Die zukünftige Wirtschaftsgestaltung kann nur der Sozialismus sein. Deshalb verlangen wir, daß die Landarbeiter mit uns gemeinschaftlich den Kampf aufnehmen, um die Zeit heranzuführen zu lassen, die Sozialisierung der Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit und für die Allgemeinheit in den Vordergrund zu schieben. (Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Englische Handelskammern in Deutschland. Die „Times“ melden, daß nach einem Regierungsbeschluss in Köln, Koblenz, Leipzig, Mannheim und Oberhausen englische Handelskammern mit staatlicher Subvention errichtet werden sollen.

Brazilien übernimmt den Vorsitz im Völkerbundrat. In Ausführung eines gemeinsamen Beschlusses des Völkerbundesrates hat der bisherige Präsident des Rates Hymans den Vorsitz an den brasilianischen Botschafter da Cunha abgegeben.

## Groß-Berlin

### Der Krieg hat das Geschäft gestört

Darüber unterhalten und beklagen sich die Besitzer der Berliner Vergnügungsgaststätten im „Berliner Tageblatt“. Es hat aber den Anschein, daß trotz der Klage über die Valutaahwertigkeiten bei dem Engagement ausländischer Künstler das Geschäft wieder sehr gut zu gehen scheint. In dem betreffenden Artikel wird davon gesprochen, daß die deutschen Unternehmer des Varietégeschäftes infolge des Krieges, der den internationalen Austausch der Künste gestört habe, die Aufgabe hatten, mit dem ihnen zur Verfügung stehenden „Material“ (das sind die deutschen Künste) zu arbeiten. Daraus geht hervor, daß auch auf diesem Gebiete das Geschäft vollständig international ist. Deshalb versuchen auch jetzt die Varietébesitzer diesen internationalen Austausch im Interesse ihrer Existenz wiederherzustellen.

Dabei bietet sich aber für sie eine Schwierigkeit, die darin besteht, daß die ausländischen Künste, aus den valutatarken Ländern, ganz erhebliche Gagen erhalten müssen. Der Präsident der Internationalen Artistenloge gibt an, daß für eine Durchschnittsdarstellung von zwei Personen in Amerika vor dem Krieg 150 Dollar pro Woche gezahlt worden sei, während heute 250 Dollars wöchentlich dafür aufgewendet werden müssen. In Papiermark umgerechnet ergibt das für deutsche Verhältnisse ein Monatseinkommen von 50 000 Mark. Obwohl die Direktoren der Varietés wie alle anderen Unternehmer über schlechten Geschäftsgang klagen, scheinen sie trotzdem wieder soweit auf der Höhe zu sein, daß sie diese durch den Valutaunterschied bedingten Mehraufwendungen machen können.

So erklärt z. B. der Direktor des „Wintergartens“, daß er dieses Jahr Nummern zeigen werde, vor deren Gegenforderungen man bisher zurückgeschreckt sei. Dasselbe kündigt der Direktor des Apollotheaters an; er habe für seine nächste Ausstattungsschau eine Künstlerin verpflichtet, die auf zwei Monate aus Amerika herüberkommt, um hier Tänze aufzuführen, und endlich erklärt auch der Direktor der „Stala“, daß die Direktion trotz der Valutaahwertigkeiten Standhalten werde, italienische und auch amerikanische Künste verpflichtet habe.

Daran läßt sich erkennen, welche ungeheuren Summen gegenwärtig für diese Vergnügungsgaststätten umgelegt werden, denn es ist klar, daß die Direktoren, wenn sie derartige Gagen zahlen, auch über die entsprechenden Einnahmen verfügen.

### Die Charlottenburger Bezirksversammlung

Bei sehr hart besetzten Tribünen nahm am Mittwoch die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks 7 einen ruhigen Verlauf. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Die Versammlung beriet lobend die alle Wertmals der Massenfabrikation tragenden Anträge der Kommunisten. Der Antrag auf Einrichtung von Leiharbeiter, dem die sozialistischen Fraktionen zustimmten, sollte einem Ausschuss überwiesen werden, doch wurde das mit 28 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Unengeteiltheit der Lehrmittel wurde von der Tagesordnung abgelehnt, weil der gleiche Gegenstand in der Berliner Stadtverordnetenversammlung beraten wird. Dasselbe war der Fall bei dem Antrag Vinerung der Wohnungsnote. Der Antrag auf Ausbebung der Erwerbslosenfürsorge wurde trotz der schwalligen Begründung, die aber nicht einmal auf die Tribüne Einbruch machte, einem Ausschuss überwiesen, nachdem die Unabhängige Fraktion darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die allgemeinen Fragen in Berlin erledigt werden müßten und dieser Ausschuss sich in der Hauptsache mit der Fortführung der Rotstandsarbeiten in Charlottenburg beschäftigen müsse.

### Aufruf und Eingiehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark von 30. November 1918

Die Reichsbank ruft nunmehr durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50 Mark-Noten mit dem Datum vom 30. 11. 1918 auf. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50 Mark-Noten vom 30. November 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50 Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kasse, Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Nach dem 31. Januar 1921 erfolgt die Einlösung nur noch bei der Reichsbank.

Morgen Sonnabend

beginnt unser Inventur

Ausverkauf

Stiller

Man beachte unsere Schaufenster-Auslagen



ausführt beantragt hat, daß die im Austausch in Gruppe 3 eingetragenen Zoll- und Steuerwachmeister sowie die Amtsgehilfen wieder in die Gehaltsgruppe 2 zurückversetzt werden sollen. Dieser Antrag ist durchgegangen und auch vom Reichstag zum Gesetz erhoben worden. Wir erklären einmütig und ganz entschieden, daß es uns fern liegt, unsere gewerkschaftliche Organisation mit Postill in Verbindung zu bringen. Das Vorgehen des Abgeordneten Burlage nötigt uns aber, daß wir in seinem Vorgehen gerade gegen die Gruppen der unteren Beamten und die Amtsgehilfen, welche zu unseren Kollegen zählen, eine Handlung erblicken, die es verdient, der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu werden, um allen Kollegen die wirklichen Feinde der unteren Beamten vor Augen zu führen. Wir sprechen zum Schluß den Wunsch aus, daß die Kollegen recht bald zu der Erkenntnis kommen möchten aus obigem zu lernen, wer für ihre Interessenvertretung in Frage kommt. — Wir hoffen, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht, im ureigensten Interesse der Beamten.

**Nobel.** Eine wirklich vornehme Firma ist die Verlagsbuchhandlung Moritz Watzhauer, Potsdamer Str. 80a. Der wahrheitslieblich von seinem sozialistischen Empfinden überzeugte Inhaber dieser Firma bekommt es fertig, einem verarbeiteten Mann mit zwei Kindern eine Vergütung von 20 Mk. pro Arbeitstag anzubieten. Dabei wird von ihm ausdrücklich verlangt, daß die veräumte Zeit zu Lasten des Arbeitnehmers geht und das Engagementsverhältnis täglich gelöst werden kann. Falls der Bewerber mit diesen famosen Bedingungen einverstanden ist, kann der Eintritt sofort erfolgen. Wir machen unsere Kollegenschaft darauf aufmerksam, daß auch diese Firma unter den allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen des Buchhandels fällt und daß jeder dort Beschäftigte Anspruch auf tarifmäßige Bezahlung hat. Zentralverband der Angestellten. Sektion: Buchhandel.

Die „sozialen“ Arbeitgeber der Margarine-Industrie und des Margarine-Großhandels. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: „Die Angestellten dieser Branche hatten im November v. J. ihre Organisationen beauftragt, mit den Arbeit-

gebern wegen Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln. Da bisher ein Arbeitgeberverband dieser Branche nicht gebildet wurde, sahen wir uns veranlaßt, die Herren Arbeitgeber einzeln zu gemeinsamer Verhandlung einzuladen. Doch weder der ersten noch der zweiten Einladung leisteten diese Arbeitgeber Folge und begründeten ihr Nichterscheinen mit so fadenheiniigen Ausreden, daß die Angestellten nunmehr uns beauftragt haben, unverzüglich den Schlichtungsausschuß anzurufen. Sollten die Herren Arbeitgeber auch vor dem Schlichtungsausschuß solche Räubereien machen, so wird ihnen der Kampf der Angestellten zeigen, daß diese nicht mehr gewillt sind, das alte „patriarchalische“ Verhältnis fortzusetzen zu lassen.“

**Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin).** Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobleute aller Branchen, die gewillt sind, an den ersten freigewerkschaftlichen Rätekongress teilzunehmen, müssen sich bis zum 20. Januar 1921 unter Vorlegung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau, Gewerkschaftshaus, Engelauer 14-15, Zimmer 33, 2 Tr., in der Zeit von 8 bis 7 Uhr abends, persönlich melden. Alle Obengenannten, die noch keinen neuen Ausweis erhalten haben, können diesen jetzt in derselben Zeit in Empfang nehmen. Es wird im eigensten Interesse ersucht, von dem Gebotenen regsten Gebrauch zu machen.

Die **Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.** Feststellungsergebnis vom 27. Dezember. Auf des Hundert der erfassten Mitgliederzahl betrug die Arbeitslosigkeit diesmal 10,11, am vorigen Zähltag 10,01. Es ist somit eine weitere, wenn auch schwache Zunahme eingetreten.

**Aus den Organisationen**  
 8. Bezirk. Kommunale Kommission. Heute 7 Uhr bei Scheide, Volkstr. 2, wichtige Sitzung.  
 11. Bezirk. Die Genossen des 11. Bezirks beteiligen sich am Freitag an der in den Germania-Sälen, Chausseestraße, stattfindenden Versammlung.

**NeuWAn, Brk, Sudow, Reben.** Mittwoch, 19. Januar, abends 7 Uhr, Koll-Verammlung bei Hüster, NeuWAn, Feing-Bandweg-Str. 54. Alle redobegabten Genossen und Genossinnen wollen sich dort einfinden. Urtigkeiten dringend notwendig.  
**Stellig.** Sitzung der Agitationskommission am Freitag abends 7 1/2 Uhr bei Kant, Kollstr. 1.  
**H. E. P. Osterfeldt** des 4. Verwaltungsbereichs (Preussischer Landrat, Kreis zu Schöner 9. und 12. Bezirk) ganz, sowie Teile des 4., 10. und 13. Bezirks). Sonnabend, 15. Januar, abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller H. E. P. Osterfeldts in der Schulaule Senefelder Str. 4, Lagerordnung: 1. Notgemeinschaft der Osterfeldts nach Verwaltungsbereichen; 2. Wahl des Bezirksvorstandes; 3. Festhalten des Mitgliedsbuches; 4. Beschlüsse.

**Sozial. Praktische Jugend-Gesundheitswesen.** Heute abends 7 Uhr in der Mädchen-Schule, Gieselerstr. 2, Zimmer 1, part. links.  
**Reichsbund der Kleinsten.** Bestat 3 (Süd-Bez.). Montag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Staller Str. 128, Generalversammlung.  
**Allgemeines Frauen- und Arbeiter-Verband der Metallarbeiter.** Filiale Berlin 2. Sonnabend, 16. Januar, abends 7 Uhr, bei Thiel, Rüdigerstr. 7, Mitglieder-Versammlung.  
**Freie Arbeitervereine (Verband sozialistischer Lehrer).** Sonnabend 7 Uhr Arbeitssitzung im Esslingen maniam, Linsensiedler 18. Tagesordnung: Besprechung und Schule. Sekretär Dr. Eisenberg, Direktor des Berliner Zentralvereins, Elternbeiräte und Verträge eingeben.  
**Verband der H. E. P. Osterfeldts.** 16. Januar, vorm. 9 Uhr, außerordentliches Parteitag im Germania-Sälen, Chausseestraße, 11-12. Tagesordnung: 1. Verhandlungen der Angelegenheiten Erdbin-Wattenstraße, Brk Welfe (Friedrich), Paulsen-Lufemalle, Himmelsdorf, Rechenow-Überlyse und Rechenow-Verkehr-Gesellschaft; 2. Stellungnahme zur Presse und den Bundeswahlen, sowie zum Arbeiter-Sportfest im Stadion.

**Bereinskalendar**  
**Geschäftliches**  
 Die **Wesendungsstelle** der Stadt NeuWAn hat ihren Inventur-Kaufversteigerung für alle Abteilungen eröffnet und bieten diebeil eine jeden günstige Kaufgelegenheit. Es sei hierauf auf das heutige Inserat hingewiesen.  
 Verantwortlich für die Redaktion: Emil Koblitz, Berlin. Verantw. für den Anzeigenteil: Ludwig Kometiner, Kollstr. 1. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ — Druckerei G. m. b. H., Berlin. —

# INVENTUR-AUSVERKAUF

Beginn: Sonnabend früh 9 Uhr

## Arenstein



Zentrale und Versand Charlottenstraße 7.

Joachimsthalerstr. 6  
 Wilmersdorferstr. 57  
 Leipzigerstr. 91 · Im Hof  
 Belle-Alliancestr. 104  
 Königsbergerstr. 8  
 Frankfurter Allee 98  
 Andreasstraße 58/59  
 Turmstraße 58

*Sämtliche Waren stark herabgesetzt! Einzelpaare zu Spottpreisen!*

Zum Todestage

## Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs

(15. Januar 1919)

---

**DER MORD**

Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg  
 Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten / 115 Seiten / Preis 6.- Mark

Karl Liebknechts letzte Tage  
 Preis 40 Pfennig

Postkarten mit Porträts  
 Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs  
 à 50 Pfennig

Wiederverkäufern hoher Rabatt!

---

Buchhandlung „FREIHEIT“  
 Berlin C 2, Breite Straße 8-9

**Berliner Kindl Brauerei Aktiengesellschaft.**

Die Dividende für das Geschäftsjahr 1919/20 ist auf 16% für die Stamm-Aktien und auf 15% für die Vorzugs-Aktien festgesetzt worden.

Die Einlösung der Dividendencheine 1919/20 erfolgt demnach für die Stamm-Aktien mit Mk. 44.- und für die Vorzugs-Aktien mit Mk. 120.- vom 10. d. M. ab bei der Dresdner Bank in Berlin und Dresden und der Hauptabte. Kienholz in Dresden.

NeuWAn, den 8. Januar 1921  
 Berliner Kindl Brauerei Aktiengesellschaft.  
 Der Vorstand.

**Möbel**

bequemste Zahlungsweise

## GREBLER

Weidenbergweg 4

Ich brauche dringend:  
 Zinn, Weissmetall  
 Kupfer, Messing  
 Auch für andere Metalle  
 Metallhandel Charlottenburg  
 Waidstraße 53, Wilhelm 1921.

**Kupfer**

Messing, Zinn usw.

Quecksilber, Bohngelbisse  
 Platin, Gold, Silber  
 kauft

Brunnenstr. 11  
 Beuffelstr. 29  
 Fennstr. 48  
 Weidenweg 72

Selbstwäsche imprägniert  
 Horn, Reichenberger Straße 7.

Sämtliche

## Altmetalle

Spez. Zinn, Weichlager und  
 Quecksilber  
 kauft laufend jeden Golten  
 Metallgeschmelzwerk  
 Neue Königstrasse 10c  
 Fernspr. Rgl. 9223.

---

**Metalle**

kauft laufend

Colbinger Str. 48, 60/  
 Bernauer Str. 98.

**Dynamodraht**

in Baumwoll-, Seide und Emaille, kauft jeden Posten

**Elektrobüro, Grüner Weg 100.**

---

**Qued Silber, Zinn**

kauft Neue Friedrichstr. 38.  
 Telefon: Humboldt 2779.

---

**Geld**

für jede Wertlose, höchste Verkaufspreise für Pfandbriefe, Reichsbank, Goldgegenstände, Teppiche, Möbel usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

---

Blumenstr. 58

(Hof) Höhe Krauttrieb

für sämtl. Altmetalle  
 höchste Schmelzpreise

## selbst. Hilfe

Der kleine Samariter

dient zur Selbsthilfe bei leichten Krankheiten und gibt Verhaltungsregeln bis z. Erreichen des Arztes bei schweren Krankheiten

Mit Anhang:  
 Einleitung, Errichtung einer Hausapotheke  
 Preis 1,50 Mk.

Behörden  
 Schulen  
 Krankenhäuser  
 Fabrikten  
 Organisationen

bestenfalls gratis  
 Bestellen Sie sofort bei der  
 Buchhandlung „Freiheit“  
 Berlin C 2, Breite Str. 8-9

# Ausverkauf

nach beendeter Inventur. Alles unter Preis.

Herren-Ülster . . . M. 500, 375, 285	Herren-Winterjoppen in schwerer Ware . . . M. 150
Herren-Anzüge . . . M. 500, 325, 245	Jünglings-Ülster . . . M. 350, 275, 200
Herren-Hosen . . . M. 170, 120, 80, 65	Knaben-Stoff-Anzüge in kleinen Größ. v. M. 20 an
Herren-Gemwindl. M. 475/325, 375	Knaben-Wasch-Anzüge G. u. M. 30

**Einseggungs-Anzüge**  
 in blau, schwarz und marone, aus haltbaren Stoffen, nach den neuesten Modellen gearbeitet  
 zu zu enorm billigen Preisen

**Gesellschafts-Anzüge**  
 Curwags u. Weston, Smoking, Herod u. Franz-Anzüge in den neuesten Fassons mit Seidenpelz; in grosser Auswahl.

Herrenstoffe (für Kostüme geeignet, in schönen Farben) M. 90, 75, 60  
 für Curwags, 140 cm breit, gute Qualität, das Meter . . . . . 90

Nur eine Verkaufsstelle

BaerSohn

Keine Filialen mehr

Nur Chausseestraße 29-30 Nur

## Botenfrauen

sodort geucht

Freiheit-Ausgabestelle

Marie Döring, Steinmehstr. 23.

## Botenfrauen

verlangt für folgende Touren:

**I. Kantienallee 36-80, I. Schweder Straße 246-288, Choriner Straße 7-18, 66-78, Dionskirchstraße 13-43.**

**II. Fehrbelliner Straße 1-15 und 85-100, Choriner Straße 1-6 und 75-85, Lothringer Straße 28-74, Zehdenicker Straße 1-30.**

Sped. Werner, Greifswalder Str. 22.

KON LINON

Die gute

# MASSARY

Zigarette

urteilen Sie selbst!

# MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!